

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche**

Band (Jahr): **36 (1946)**

Heft 4

PDF erstellt am: **19.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

POLITISCHER RUNDSCHAU

Staatskrise oder nicht Staatskrise?

-an- Es wird über dieses Thema seit einiger Zeit, seit dem *Briefe des sozialdemokratischen Staatspräsidenten von Schaffhausen und Nationalrats Brünig an den Bundesrat*, in fast allen schweizerischen Zeitungen geschrieben, wobei die einen das Vorhandensein einer solchen Krise verneinen, die andern aber ob nicht habe herzuweisen, sei am Herausfischen. Nach der PdA haben wir sie schon scheinbar, das Streiten ob oder ob nicht habe herzuweisen, und wichtiger sei, nach vorwärts zu schauen und vorzustellen, was werden wir, falls die Dinge so weitergehen, wie sie seit Kriegsabbruch gegangen. Am Ergebnis dessen, was sich momentan vorbereitet, wird man nämlich erst erkennen, ob es *«eine Krise war»* oder nur das *«räumliche Überhandnehmen der Kriegszeit, Unruhe, Unzufriedenheit, Aufbrechen offener Probleme, erwachene Forderungen, lebendigere Kritik, die lange zurückgestanden worden, bedeuten nämlich noch lange nicht einen Zustand, welcher nur in einem allgemeinen Umsturz der heutigen herrschenden Machtverhältnisse endigen müsse, und wenn ein solcher Umsturz... oder wenigstens eine Schwung... das Resultat der heutigen Strömungen wäre, könnte man hernach sagen, «es sei die Krise gewesen».* Das Fatale in der durchschnittlichen Politik steht leider im Mangel an klarerer Vorausschau. Was man klar sehen, was werden *wird*... weil es weiter muss... dann müsste man auch die Gegenwart richtig zusehen und würde nicht den kritischen Tenor steigern... oder aber umgekehrt die Dämpfer auf solche Saiten setzen, damit man ja nicht merke, wie diese schwängen.

Es ist wahr, wir haben Skandal an Skandal erlebt in den letzten Wochen. Wäre zur Zeit, als die Russen am heftigsten angriffen, die *Internierungssache* bekannt gegeben worden, die Lage unseres Landes würde innen- und aussenpolitisch radikal verschimmern haben. Es gelang, die zwei Angelegenheiten «aneinander vorbei zu reisen», so dass man mit den Russen zur Hauptzeit im Reinen war, als es um den *Dr. Béguin* zu rauchen gann. Die *Säuberungsaffären* trafen gottlob auch nicht zusammen mit dem bundesrätlichen Bericht über die russische Spionage und die Rolle unserer Fünften Kolonne. Kritische Opposition hat ihre Kräfte zur Forcierung, Säuberung nicht aus dem Bericht des Bundesrates nutzen können. Die *Geschichte der Verhandlungen über Gleichschaltung unserer Presse* kam auch erst nach dem besagten Bericht, so dass der Sturm der Entrüstung mit dem vollen Blasbalg arbeiten konnte, da die Luft erst ausgepufft worden beim Kommentieren der deutschen Machenschaften. Wohl möglich, dass man im Bundesrat mit voller Absicht die bisherigen und noch folgenden Enthüllungen dosiert, und wohl möglich, dass der Aerger angreifenden Lager sich gerade an dieser klugen Dämpfung entzündet. Wir werden am 10. Februar, wenn die *Bundesverfassungsartikel* betreffend das *Recht der Eidgenossenschaft, ein Gesetz über die künftige Verfassungspolitik* zu erlassen, abgestimmt wird, eine Art «Barometer» sehen und feststellen, ob sich die Krisenstimmung in einem Anschwellen der «Staatsmüdigkeit» entlädt, oder sich durch unerwartet viele Neinstimmen dokumentiert.

Die Nachkriegsnot

Bei irgendeinem Volke soll es ein Sprichwort geben: *«Wenn der Bauer auf die Jagd geht, sterben Hasen und Kälber».* Das heisst, mit andern Worten, dass einer nicht entlegenen Geschäften nachgehen sollte, wenn er nicht sein Hauswesen richtig bestellt habe. Man muss an dieses Sprichwort denken, wenn man die *kritischen Entwicklungen in Frankreich, Italien und USA* vor allem, aber auch anderswo, mit der gross aufgezogenen *Londoner UNO-Versammlung zusammen betrachtet*. Die Staatenlenker jagen den Hasen einer künftigen Friedenssicherung und internationalen Zusammenarbeit nach, zu Hause aber wackelt die Ordnung ganz bedenklich. Würde man sich an die alte Wahrheit erinnern, dass zwei Staaten, die in gesunder Ordnung und normal fundiertem Wohlstand leben, kaum je der Versuchung erliegen, einander den Krieg zu erklären, dann wüssten sie, was am dringlichsten sei: Das Bemühen um die Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Konflikte.

Manchmal kommt einem der Verdacht, dass Drum und Dran in London werde nur darum so gross aufgeblasen, weil es leichter scheint, dort Reden zu halten und irgendeinen aussenpolitischen Erfolg heimzubringen, als in der harten Wirklichkeit der sozialen Kämpfe die schwer findbaren Lösungen zu wagen. Denn es geht um das *Wagnis!* Wirtschaftsminister, die Parlamentarier, von welchen dieser Minister abhängig sind, müssten wagen, die Dinge so zu sehen, wie sie wirklich sind, und die Mittel vorzuschlagen, welche Abhilfe schaffen können.

Wir finden auch, die *immer wieder an die Wand gemalte Gefahr eines Konfliktes zwischen Russland und den angelsächsischen Mächten* erhalte ihre eigentliche Nahrung nicht durch die Tätigkeit der russlandfeindlichen Gruppen in USA und England oder umgekehrt durch die wieder erwachten imperialistischen Absichten höherer russischer Offiziere, welche die kommunistische Partei aus ihrer Führungsrolle zu verdrängen streben und anstatt der Weltrevolution wieder den «russischen Zugang zum Weltmeer» und das «Kreuz auf der Sophienmoschee in Konstantinopel» erstreben. Viel gefährlicher sind die Überlegungen jener Leute, die aus dem sozialen Konflikt ihrer Länder wie schon früher den Ausweg in einem aussenpolitischen Abenteuer suchen. Das *Mittel Hitlers, die deutsche Arbeitslosennot durch die Aufrüstung zu besetzen* und die Massen als unformiertes Kanonenfutter ausser Landes zu führen, war nicht seine Erfindung, auch wenn er zum ersten Male auf Ganze gegangen. Und die Zukunft ist nicht gefeit vor Versuchen, die Methode abermals aufzugreifen und womöglich noch konsequenter anzuwenden, als es Hitler und die Nazis getan.

Italien

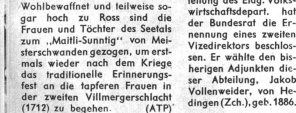
Ist in der unglücklichen Lage, aussenpolitisch keine Zukunft zu sehen... ein Punkt, unter welchem ausser Deutschland und Japan kein anderer Staat in gleicher Weise leidet. Eine Hypothek von unbekannter Schwere lastet auf allen Massnahmen der Regierung, auch wenn es sich nur um wirtschaftliche, rein im Inland anzuwendende Massnahmen handelt. *De Gasperi* weiss so wenig wie vor ihm *Parri*, welche Milliardenschuld Italien nach dem Friedensschluss, der ja noch in weiter Ferne liegt, zu verzün-



Armees, welche während eines Semesters ihr Studium an der Universität Bern fortsetzen, sind in der Bundesstadt eingetroffen. Dieses Studium wurde durch ein besonderes Abkommen, das auch an den Universitäten von Basel, Neuchâtel und Genf in Kraft tritt, ermöglicht.



Der allerbekannteste Basler Brauch der Kleinfascher, «Ehrenzeichen», der als Vorläufer der Fasnacht berühmt geworden, «Vogel Gryff», hat nach des «Wilden Mann» Rheinfahrt, von Bollerbüschen begleitet, zusammen mit diesem und «Lai» seine Tänze auf der Mithrasen Rheinbrücke aufgeführt. Damit wollen die Basler den Winter vertreiben. Unser Bild zeigt links den Wilden Mann, i. d. Mitte, Vogel Gryff und rechts den «Lai» (Löwen). (ATP)



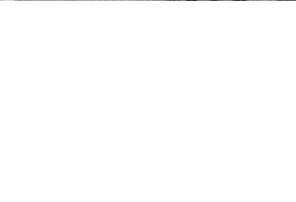
Der Regierungsrat des Kantons Bern hat auf gestelltes Begehren hin Prof. Dr. Sigmund Meudert wegen Erreichung der Altersgrenze mit Dank für die geleisteten Dienste als ordentlicher Professor für Astronomie und Leiter des Astronomischen Institutes entlassen. (Photopress)



In Anbetracht der ständig anwachsenden Aufgaben der Handelsabteilung des Eidgenössischen Wirtschaftsdepartaments, hat der Bundesrat die Ernennung eines zweiten Vizepräsidenten beschlossen. Er wählte den bisherigen Adjunkten dieser Abteilung, Jakob Voltenweider, von Heggen (Zürich), geb. 1886. (ATP)



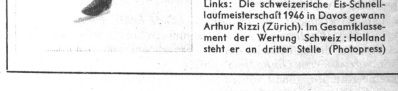
Genf und insbesondere der Genfer Hafen ist zu einem Eisgarten verwandelt worden. Das hat mit ihrem hartnäckigen Blasen die gefährliche Bisse getan. Für die Genfer Buben, die sich keine Gedanken wegen des Heizproblems machen, ist dieser Eisgarten natürlich ein herrlicher Tummelplatz. (ATP)



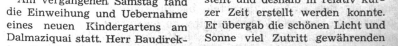
In Basel sind die ersten Kriegsverstümmelten aus Luxemburg angelangt, um hier als Gäste der Schweiz einen Erholungsaufenthalt zu verbringen. Es handelt sich hierbei um die ersten Kriegsverstümmelten aus dem schwergeprüften Grossherzogtum, denen ein Erholungsaufenthalt in unserem Lande ermöglicht werden konnte. (ATP)



Zur Förderung des ausserdienstlichen Pensums des Schweizerischen Unteroffiziersvereins gehören auch die Winterwettkämpfe. Rund 250 Mann stellten sich über das Wochenende in Davos zum Verbundwettkampf. Unser Bild: Ausschnitt aus dem 20-km-Patrouillenlauf mit Schlessen, Handgranatenwerfen und Meißelwurf. (Photopress)



Oben links: Dem mehrfachen Winter-Mehrkampfmehrer Oblt. Somazzi ist am hartumstrittenen Meeting in Grindelwald im Genfer Oblt. Hensch ein überaus hartnäckiger Konkurrent entfallen, welcher mit einem Punkt Vorsprung Sieger im Vierkampf wurde. (ATP)



Links: Die schweizerische Eisschnelllaufmeisterschaft 1944 in Davos gewann Arthur Rizzi (Zürich). Im Gesamtergebnis der Wertung Schweiz: Holland steht er an dritter Stelle. (Photopress)

Ein neuer Kindergarten am Dalmaziquai in Bern



Am vergangenen Samstag fand die Einweihung und Uebernahme eines neuen Kindergartens am Dalmaziquai statt. Herr Baudirektor Reinhardt, der für die Errichtung des von den Architekten Daxelhofer und Müller geplanten Baues sorgte, berichtete, wie dieser Bau eine neue Kombination von Holz- und Durisobau dar-



stellt und deshalb in relativ kurzer Zeit erstellt werden konnte. Er übergab die schönen Licht und Sonne viel Zutritt gewährenden Räume an die Schuldirektion und im Namen derselben übergab sie Herr Stadtpräsident Dr. Bärtschi an den Kindergartenverein Kirchenfeld. In seiner Ansprache betonte Herr Stadtpräsident Dr. Bärtschi, dass es einen grossen Schritt vorwärts bedeutet, indem nun allgemein das Interesse für Kindergärten erwacht ist. Vor 18 Jahren noch war es bemühend, in welchem Rückstand das Kindergartenwesen stand. Der neue Kindergarten soll nun eine erste Etappe in einer neuen Entwicklung im Kindergartenwesen unserer Stadt sein.



Die reizende Babibube des Kindergartens, der Lieblingsofenhaushalter der Kleinen. Rechts: Das lichte Schulzimmer mit den gefälligen Tischchen und Stühlen, und der breiten Fensterfront, die Sonne und Luft den besten Zutritt erlaubt.

sen und abzuzahlen haben wird. Er weiss ebensowenig, welcher Rest der ehemaligen Kolonien zur Aufnahme von Auswanderern oder als magere Rohstofflieferanten oder «eigene Absatzgebiete» übrig bleiben wird. Er kann sich nicht vorstellen, ob die Grossen mit ihren Milliarden Hilfe gewähren wollen, mit langfristigen Krediten, die den Aussenhandel beleben werden.

Aber ganz abgesehen von allen aussenpolitischen Unsicherheiten: De Gasperi schlägt sich mit den Alltagssorgen kaum herum und hat bis jetzt den Rank nicht gefunden, um den *wichtigsten Unsicherheitsfaktor in der Innenpolitik* zu beseitigen: *Das Provisorium des politischen Regimes*. Das heisst: Niemand weiss, wann die Wahlen für die konstituierende Versammlung ausgeschrieben werden sollen. Niemand weiss, wie stark die heute herrschenden Parteien in dieser Versammlung vertreten sein werden. Niemand weiss, ob die Kräfte in diesem «verfassungsgebenden» Parlament mehrheitlich republikanisch und antimonarchistisch oder aber mehrheitlich reaktionär und monarchistisch sein werden. Warum diese Wahlen nicht kommen, ist ein Rätsel. Die Wahllisten und Wählerlisten könnten eben nicht bereinigt werden, solange nicht die letzten Kriegsgefangenen heimgekehrt seien, heisst es. Und man wolle nicht Wahlen unter dem Terror von Befreiungskomitees, welche alle Gegner als fascistisch von den Urnen fernhalten würden.

In Wirklichkeit tobt im ganzen Lande heute schon ein erbitterter Wahlkampf, schwer zu unterscheiden von den Aufläufen, deren Ursache der Hunger zu sein scheint. Die «Squadristi» von links und rechts liefern sich zahllose kleine Kämpfe, genau wie zur Zeit, da sich Kommunisten und Fascisten bekämpften, bis es zum «Marsch auf Rom» im Oktober 1922 kam. Mit Messer, Knüttel und Revolver wird in unermüdlicher «Kleinarbeit» versucht, die Machtverhältnisse in jedem kleinen Neste so oder so zu ändern oder zu stabilisieren. Vielleicht wollen die Parteien allesamt mit den Wahlen zuwarten, bis sie glauben, dem eigenen Siege genügend vorgearbeitet zu haben. Es versteht sich von selber, dass man rechts hofft, im Laufe einiger weiterer Monate die starken Linksströmungen aus der unmittelbaren Nachkriegszeit zu schwächen.

In Frankreich

sind die «drei sozialen Parteien», wenn man so sagen will, die *katholische Mitte der MRP, die Sozialisten und die Kommunisten* im besten Begriffe, ihren Kredit zu vertun und alle Sympathien einzubüssen, welche ihnen zu ihrem überwältigenden Siege zuvorkamen. Die mit der Ausarbeitung der neuen Verfassung betraute Kommission ist zwar an der Arbeit und wird ihr Werk nach einiger Zeit sicherlich dem Parlament zur Beratung und Bereinigung vorlegen können, aber unterdessen spielen sich weit wichtigere Dinge, als es Verfassungen (ihrem Wortlaut nach wenigstens), sind, im ganzen Lande ab. Es handelt sich um eine *schlimme Versorgungskrise*, deren Ursachen man im Versagen der staatlichen Verwaltungsorgane sieht. Das heisst aber, dass das Volk, wie es das in den letzten Jahrzehnten schon immer getan, den Parteien die Versager des heiligen Bürokratismus aufkredet und sich in den nächsten Wahlen dafür an ihnen rächt. Wenn die «sozialen Parteien» sich mit dem Odium der falsch funktionierenden Bürokratie beladen, sind ihre Chancen dahin, und die Bäumchen der heute schwer dezimierten bürgerlichen und Rechtsparteien wachsen wieder wie in gewissen Märchen, wo sie über Nacht bis zu den Fenstern hinaufschossen und zugleich Blüten und Früchte tragen.

Der *gegangene Versorgungsminister Pineau* hatte die Brot rationierung aufgehoben und dem Volke die in Ame-



Rechts: Am Montag ist die Luftverkehrslinie zwischen Amsterdam und Zürich, die von der holländischen Luftverkehrsgesellschaft KLM in Zusammenarbeit mit der Swissair betrieben wird, eröffnet worden. Das erste holländische Verkehrsflugzeug wurde gesteuert von Luftkapitän Van Dyk, der seinerzeit bei der Besetzung Hollands durch die Deutschen mit einem Flugzeug nach England entkommen konnte. Wir zeigen die Besatzung der ersten Kursschiffen nach der Landung in Dübendorf (Photopost)



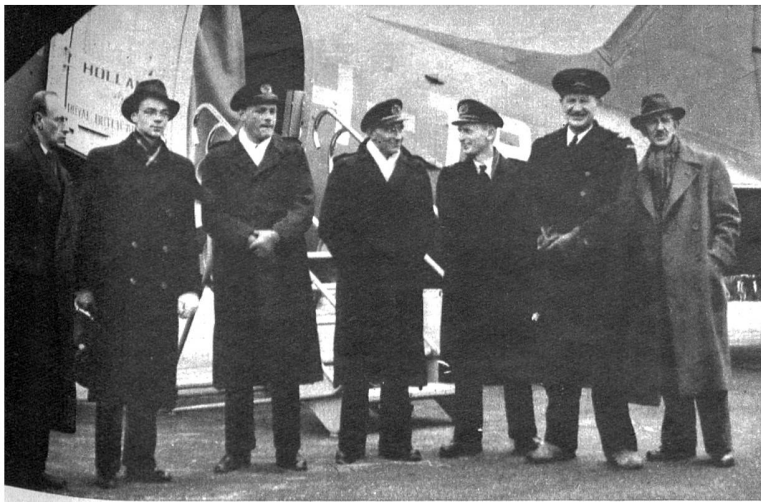
Links: General de Gaulle dem Präsidenten der Nationalversammlung ein Schreiben überreicht, wonach er als Chef der französischen Regierung unwiderruflich zurücktritt. Darauf hat de Gaulle Paris verlassen. Die unmittelbaren Ursachen des Rücktrittes dürften in der Abschwankung der französischen Sozialdemokratie und der prekären Versorgungskrise des Landes zu suchen sein. Unser Bild zeigt General de Gaulle nach einer Regierungssitzung in Paris beim Verlassen des Regierungsgebäudes. (Photopost)

Links: Dieses Bild von der UNO-Tagung in London zeigt das entschlossene Gesicht eines Mannes, der weiss, was er will. Es ist der Chef der iranischen Delegation, Seyed Hassan Taghva, der gleichzeitig iranischer Botschafter in London ist. Er verläuft, soll die persische Frage durch den Sicherheitsrat behandelt werden. (Photopost)

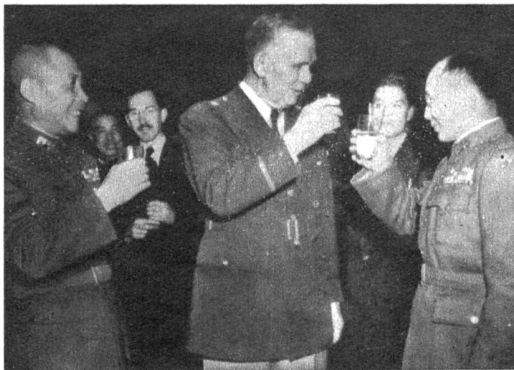
Rechts: Mit grosser Spannung sah die Generalversammlung der UNO der grossen Rede des stellvertretenden sowjetrussischen Delegationschefs A. Gromyko entgegen. Die Rede machte einen grossen Eindruck und überraschte vor allem durch die Haltung des Sprechers in bezug auf die Mitverantwortung und Mitberatung der kleinen Nationen, die er als absolut notwendig bezeichnete

Unten: Die erste Sitzung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen im Church-House in London. Rund um den Tisch sitzen von links: Modzelewski (Polen), Gromyko (Russland), Bevin (England), Steffinius (USA), Gladwyn Jebb (amtierender UNO-Sekretär), Makin (Australien), de Freitas-Valle (Brasilien), Wellington Koo (China), Dr. Abdel Hamid Pada Pascha (Aegypten), Vincent-Auriol (Frankreich), Dr. de Rosenzweig-Diaz (Mexiko), Dr. Van Kleffen (Holland) (ATP)





Die Sondermission des kürzlich zurückgetretenen und durch General Eisenhower ersetzt General Eisenhauer ersetzt General Eisenhauer ersetzt General Eisenhauer... General Marshall in China war von einem grossen Erfolg begleitet, konnten sich doch die beiden chinesischen Richtungen schon bald zum Abschluss eines Waffenstillstandes verständigen, welcher das Ende des Bürgerkrieges in China bedeutet. Unser Bild zeigt General Marshall (Mitte) in Schanghai bei einem Empfang im Cathay-Hotel; links erkennen wir Major Chin Ta-Chun und rechts General Ho Ying-Chin (ATP)



Der frühere Premierminister Winston Churchill ist zusammen mit seiner Gattin auf dem ihm zur Verfügung gestellten Landsitz in Miami-Beach angelangt. Er ist dort Gast von Oberst Frank Clarke (rechts) und wird sich vermutlich mehrere Monate in Miami (Florida) aufhalten (ATP)



In Minneapolis (Minnesota, USA) ist Prof. Dr. Jean Felix Piccard, der Bruder des schweizerischen Prof. August Piccard und dessen Mitarbeiter mit der Vorbereitung eines neuen Stratosphärenfluges beschäftigt. Auf Grund seiner neu konstruierten Gondel, deren Fenster im Modell auf unserm Bilde zu sehen ist, glaubt er noch weit grössere Höhen als bisher zu erreichen (ATP)

rika getätigten Verträge über massive Lieferungen gepriesen. Es zeigte sich, dass das vorhandene Brot nicht ausreichte, um ohne Coupons auszukommen. De Gaulle musste Pineau fallen lassen. Sein Nachfolger führte die Brotkarten wieder ein, und heute wird von einer verringerten Ration gesprochen. Die «Weinkrise» musste er durch Bereitstellung von Tonnage beheben, da der Wein nicht von selber aus Algerien herüber kommt, aber er ist nicht in der Lage, die Schiffe aufzutreiben. *In Paris und Bordeaux gab es kein Fleisch*, weil die Metzger nicht unter ihren Einstandspreisen ans Publikum liefern konnten und wollten. Die Regierung, welche die Grosshandelspreise nicht am Steigen verhinderte, den Metzgern aber nicht entgegenkommen wollte, musste sich erst durch diesen Streik belehren lassen, dass es «so nicht gehe». Nun sind natürlich die Preise im Steigen, vor allem auch seit der Franc-Abwertung, die nicht durch eine vermehrte Zufuhr und Produktion kompensiert wird... und als Folge davon kündigen sich allenthalben Streikdrohungen an: Man spricht von einem «Riesenstreik», der ausbrechen werde, wenn die in der Regierung sitzenden Vertreter der Massen ihren Wählern nicht zu geben vermögen, was sie verlangen: Die Löhne, die zur Bestreitung der erhöhten Lebenskosten ausreichen. Es liegt auf der Hand, dass dadurch das Vertrauensverhältnis zwischen den Parteien und ihren Anhängern der denkbar schwersten Belastungsprobe ausgesetzt wird.

Als sehr ernste Folge der Krise verzeichnet Frankreich den Rücktritt de Gaulles als Premier. Was soll nun werden? Und auf wen wird dieser Verzicht zurückfallen? Auf die intrigierenden Parteien?

Die Politik in USA

steht vor Aufgaben, welche jenen Frankreichs gleichen. Aber die öffentliche Meinung wird nach London abgelenkt. Aussenminister Byrnes gehört zu den lebhaftesten Rednern in London. Truman, den man über ihm beinahe vergisst, schlägt sich nach wie vor mit dem Streikproblem und dem Drängen des Volkes nach rascher Demobilisierung der Armee herum. Fünf Millionen Soldaten sind bereits entlassen worden. Vielleicht gibt es in USA heute die gleiche Zahl von Arbeitslosen. Es wird darüber nichts Verlässliches veröffentlicht, nur, dass es nicht, «wie befürchtet worden», zehn oder fünfzehn Millionen seien, die auf der Strasse stünden, weil die Umstellung auf die Friedensproduktion doch überraschend gut gelungen sei. So heisst es. Aber die vorhandenen Beschäftigungslosen drücken auf das gesamte Geschäftsleben. Truman hat furchtbare Mühe, dem Kongress begreiflich zu machen, dass er die Anleihe der Pfundmilliarde, die man England gewährt hat, bestätigen müsse, um dem amerikanischen Export und damit der Produktion den notwendigen Auftrieb zu geben. Wieviel Mühe wird er erst mit der Russenanleihe haben! Die rückständigen Kreise möchten das alte Rezept der Lohntiefhaltung befolgen und versprechen sich nichts vom Auftrieb des amerikanischen Binnenmarktes durch Lohnsteigerungen, so dass der Präsident auch hierin nur von Fall zu Fall weiter kommt. Momentan streiken gegen 2 Millionen Arbeiter, und ihr Stand wird schwieriger mit der Heimkehr jedes Soldaten, der nicht Arbeit zu finden vermag. Dennoch wollen die Soldaten heim, und nichts hält sie davon ab, am wenigsten der verschollene Hungermarsch der Veteranen aus dem ersten Weltkriege nach Washington. Sie sind es müde, die Büttel einer «mechanischen Bürokratie» im besetzten Deutschland zu sein. Hier werden sich bald gefährliche Perspektiven öffnen.

Wir erinnern uns...

1944:

21. Jan. Infolge des deutschen Zusammenbruchs an der Leninradfront fallen auch Nowgorod.

24. Jan. Amerikaner landen bei Nettuno südlich von Rom.

1945:

25. Jan. Die Russenoffensive macht nicht Halt. Nach dem Fall von Oberschlesien gerät der Zentralsektor in Bewegung. An Posen vorbei geht's auf den alten Reichsboden zu. Ostpreussen wird vom Südwesten her aufgerollt, das Zentrum Allenstein fällt.

1942:

22. Jan. Die Russen erobern Moschaisk westlich von Moskau zurück. Dagegen fällt Feodosia auf der Krim.

1943:

20. Jan. Die 8. Armee steht noch 30 km von Tripolis entfernt.

22. Jan. Tripolis genommen.

25. Jan. Russenoffensive in Nordkaukasien nähert sich zwischen Maikop und Don rasch dem Asowschen Meer und Rostow.